

Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

87. Ausgabe I September 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

- 1.1 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)
- 1.2 Mitteilungen der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenreche (KostLP)
- 1.3 Informationen aus dem Bereich der kommunalen Prävention

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 2.1 Digitale Fortbildung "Hochrisikomanagement Häusliche Gewalt der Polizei Niedersachsen" für Netzwerkpartner am 11. Oktober 2023
- 2.2 Fachstelle Opferschutz: Fachtagung zum neuen Sozialen Entschädigungsrecht /SGB XIV am 12. Oktober 2023

3. Verschiedenes

- 3.1 Primärprävention sexualisierter und häuslicher Gewalt Projekt "ReSi+ Resilienz und Sicherheit" des DFK
- 3.2 Neu: Ehrenamtskarte kann jetzt rein digital beantragt werden
- 3.3 Netzwerke Frühe Hilfen sind bundesweit etabliert

Redaktion:

Katrin Baum LPR Niedersachsen Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.



1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

1.1 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)

Landes-Demokratiekonferenz:

Am 29.08.2023 hat in Verden die Jahreskonferenz der niedersächsischen Akteur*innen von Demokratie Leben! stattgefunden. Hierbei wurde mit einer Retrospektive die aktuelle Förderperiode reflektiert und Wünsche und Bedarfe zur Weiterentwicklung des Bundesprogramms ab 2025 geäußert. Die Ergebnisse werden dem BMFSFJ übermittelt. Zudem referierte die freie Journalistin Andrea Röpke zu dem Thema "Rechte Erziehung – Einflussnahmen und Strategien".

Broschüre: "Antifeminismus & Queerfeindlichkeit als Anknüpfpunkt demokratiefeindlicher Akteur*innen"

Das Landes-Demokratiezentrum wird voraussichtlich Ende Oktober eine Broschüre zum Thema "Antifeminismus & Queerfeindlichkeit als Anknüpfpunkt demokratiefeindlicher Akteur*innen" veröffentlichen. Mit Beiträgen von der Soziologin Rebekka Blum, Mitarbeitenden der Fachstelle "Gender, GMF und Rechtsextremismus" der Amadeu-Antonio-Stiftung sowie der Mobilen Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie wird das Thema von verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet, und die Strategien demokratiefeindlicher Akteur*innen benannt. Die Broschüre richtet sich an alle, die sich mehr mit dem Thema befassen möchten.

Afrotopia Niedersachsen:

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen hat zivilgesellschaftliche gemeinnützige Träger aufgerufen, Projektanträge einzureichen, um Schwarze Menschen und Communities in Niedersachsen sichtbarer zu machen und zu stärken.

Den Förderzuschlag erhielt der Projektträger Schwarze Schafe e.V., ein gemeinnütziger Verein der seit 2020 verschiedene Bildungsformate wie Workshops und Fortbildungen zu den Themen Rassismus und Empowerment anbietet. Die Förderung hat zum 15.05.2023 begonnen.

Ziel ist es mit dem Projekt "Afrotopia Nds. – Schwarze Lebenswelten Niedersachsen", positive Narrative herauszubilden und zum Empowerment von Schwarzen Menschen in Niedersachsen beizutragen. Dafür wurde eine Wanderausstellung konzipiert, die am 21.11.2023 in Hannover eröffnet wird. In der Wanderausstellung werden namhafte Schwarze Persönlichkeiten aus Niedersachsen porträtiert, die ihre individuellen Erfolgsgeschichten darstellen. Zukünftig kann die Ausstellung niedersachsenweit ausgeliehen werden.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie hier: http://afrotopia-nds.de/

1.2 Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)

Neues Instrument zur Früherkennung und Prävention der Radikalisierungsgefährdung bei jungen Menschen

Mit CTC:RP kommt in Niedersachen bundesweit zum ersten Mal ein Analyse- und Auswertungstool zur zielgenauen Radikalisierungsprävention bei jungen Menschen zum Einsatz. Mit diesem Instrument können Verantwortliche auf lokaler Ebene künftig Radikalisierungsrisiken bei Jugendlichen frühzeitig erfassen und nachhaltig wirksame Präventionsstrategien entwickeln.

CTC:RP wurde auf Initiative des Niedersächsischen Landespräventionsrats und in Kooperation mit Wissenschaftlern der Universitäten Jena und Hildesheim entwickelt. In sechs niedersächsischen Kommunen beginnt im Herbst 2023 dazu ein Praxistest, ab 2025 ist ein landesweites Ausrollen der Methode geplant.

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie über:



Kurzinformation zu CTC:RP

oder

Langfassung Forschungsbericht CTC:RP

Ansprechpersonen für Rückfragen:

Thomas Müller

Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Tel.: 0511 1208723

Mail: thomas.mueller@mj.niedersachsen.de

1.3 Mitteilungen aus dem Bereich der Kommunalen Prävention

Niedersächsischer Preis für kommunale Prävention

Die zweite Auslobung des Niedersächsischen Präventionspreises für kommunale Präventionsgremien ist nun gestartet. Der LPR Niedersachsen führt damit die Zusammenarbeit mit der Stüllenberg-Stiftung weiter.

Die Stüllenberg-Stiftung ermöglicht dem LPR erneut die Auslobung von drei Preisen in Höhe von jeweils 5.000,00 €.

Bewerbungsberechtigt sind alle Mitglieder des LPR aus dem kommunalen Bereich. Auch Verbünde von kommunalen Gremien können sich bewerben.

Die Details zur Ausschreibung entnehmen Sie bitte den Unterlagen hier unter Downloads.

Die Bewerbungsfrist läuft bis zum **30. November 2023**, die Preisverleihung durch die Niedersächsische Justizministerin wird am **16. Januar 2024** stattfinden.



87. Ausgabe September 2023

Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen

Dem Landespräventionsrat Niedersachsen stehen für die Haushaltsjahre 2022 – 2026 Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen zur Verfügung. Insbesondere sollen Pilotprojekte und Modelle zur Umsetzung und Fortentwicklung von Maßnahmen zur

- öffentlichkeitswirksamen Sensibilisierung für das Thema,
- Anerkennung und Wertschätzung des kommunalpolitischen Engagements,
- der kommunalen Netzwerkbildung,
- der Förderung von Zivilcourage und politischer Bildung,
- demokratischer Normen- und Wertevermittlung,
- sowie des Deeskalationsmanagements

gefördert werden. Mittel können für Personal- und Sachausgaben von Projekten beantragt werden.

Für den <u>Förderzeitraum 2024/2025</u> können Anträge **bis zum 15. Oktober 2023** beim Landespräventionsrat Niedersachsen eingereicht werden.

Sicherheitspartnerschaft im Städtebau - Neuer Leitfaden zur Quartierssicherheit veröffentlicht

"Was macht ein Quartier sicher und lebenswert?" Antworten auf diese Frage finden Kommunen und Wohnungswirtschaft in dem Leitfaden "Lebenswertes Quartier". Er schafft eine Grundlage für die Beratung, Planung und Bewertung von Quartieren unter kriminalpräventiven Aspekten.



Der neue Leitfaden wurde von der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SiPa) unter Federführung des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR) entwickelt. Er ergänzt die bereits bestehenden Veröffentlichungen zum "Sicheren Wohnen" und zu "Sicheren öffentlichen Räumen".

Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen wird vom LPR im Niedersächsischen Justizministerium koordiniert und setzt sich aus 21 Mitgliedern aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aus den Bereichen Planen, Bauen, Wohnen, Mobilität und Sicherheit zusammen. Ziel ist es, Sicherheit im Wohnumfeld sowie im öffentlichen Raum durch präventive Ansätze zu stärken. So soll Kriminalität verhindert und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert werden.

Der Quartiersleitfaden ergänzt die bereits bestehenden Veröffentlichungen zum "Sicheren Wohnen" und zu "Sicheren öffentlichen Räumen".

Die Einsatzbereiche des Leitfadens sind vielfältig: Bereits im städtebaulichen Planungsstadium können Entwürfe und Ideenskizzen überprüft werden. Vorrangig geht es aber um die Bewertung eines bestehenden Quartiers. Hieraus können dann konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation vor Ort abgeleitet werden.

Mehr zur Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen, zu ihren Partnern und ihren weiteren Zielsetzungen erfahren Sie unter <u>www.sicherheit-staedtebau.de</u>.

Veranstaltungsdokumentation "Schule suchtpräventiv (mit)gestalten" vom 19.09.2023

Die 12. Tagung in der Reihe zur kommunalen Alkoholprävention fand am 19. September 2023 in Hannover statt. Das Schwerpunktthema war die Kooperation von Suchtpräventionsfachstellen, kommunalem Jugendschutz und Schulen. Die Veranstaltungsdokumentation ist hier zu finden.



Weitblick, Gesunde Schule hat Methode

Eine weitere Adaption der vom LPR Niedersachsen unterstützten CTC - Methode für Schulen ist jetzt verfügbar. Im Rahmen von "Schools That Care" wurde der Ansatz von CTC auf die Schulentwicklung im Bereich Prävention angepasst. Durch eine Förderung seitens des PKV - Spitzenverbandes wurde diese Methode jetzt weiterentwickelt und ist kostenfrei für ein Kontingent von Schulen verfügbar. Weitere Informationen zu diesem Angebot gibt es <u>hier.</u>



2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

2.1 Digitale Fortbildung "Hochrisikomanagement Häusliche Gewalt der Polizei Niedersachsen" für Netzwerkpartner am 11. Oktober 2023

Hochrisikofälle zu erkennen und schwerste Gewalteskalationen zu verhindern ist seit einigen Jahren ein Schwerpunktthema in der polizeilichen und interdisziplinären Befassung mit dem Themenkomplex häusliche Gewalt. Mit der Veröffentlichung der Handreichung für die Polizei zum Umgang mit Häuslicher Gewalt im Dezember 2022 wurde das bereits seit 2020 in der Polizeidirektion Braunschwieg pilotierte Hochrisikomanagement Häusliche Gewalt landesweit eingeführt und ist für niedersächsische Polizeibehörden bindend.

Die Fortbildung stellt im Überblick das Hochrisikomanagement der niedersächsischen Polizei sowie die Grundlagen des Bedrohungsmanagements dar. Die Schwerpunkte liegen in der Ersteinschätzung bei Häuslicher Gewalt, der Gefahrenanalyse sowie dem Aufbau und den Aufgaben der einzelnen Netzwerkpartner im interdisziplinären Fallmanagement und soll die Teilnehmer*innen befähigen aus der Masse der Fälle häuslicher Gewalt mittels validierter Prognosetools Risikofälle zu erkennen, einzuschätzen und ins interdisziplinäre Fallmanagement einzubringen. Die Veranstaltung richtet sich ausdrücklich nicht nur an Polizeibeamt*innen.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf unserer LPR Webseite unter: <u>Veranstaltungen und Fortbildungen (niedersachsen.de)</u>

2.2 Fachstelle Opferschutz: Fachtagung zum neuen Sozialen Entschädigungsrecht / SGB XIV am 12. Oktober 2023

Zum 10-jährigen Bestehen wird die Fachstelle Opferschutz in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Sport, dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, dem Niedersächsischen Kultusministerium und



dem Niedersächsischen Justizministerium durch eine Veranstaltungsreihe rund um das Thema Opferschutz gewürdigt. Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung darf nun mit einer Folgeveranstaltung am 12. Oktober 2023 an die bisher erfolgreichen Veranstaltungen anknüpfen. Wer Opfer einer vorsätzlichen Gewalttat wird und dadurch eine gesundheitliche Schädigung erleidet, kann einen Anspruch auf Opferentschädigung geltend machen. Zum 1. Januar 2024 wird ein neues Sozialgesetzbuch, das SGB XIV, geschaffen. Durch das SGB XIV wird das Soziale Entschädigungsrecht (SER) transparent und klar strukturiert. Die Teilnehmenden sollen einen kurzen Einblick in die wesentlichen Änderungen im Bereich der Opferentschädigung erhalten.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf unserer LPR Webseite unter: <u>Veranstaltungen und Fortbildungen (niedersachsen.de)</u>



3. Verschiedenes

3.1 Primärprävention sexualisierter und häuslicher Gewalt - Projekt "ReSi+ - Resilienz und Sicherheit" des DFK

Das DFK -Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention- hat als Schwerpunktaufgabe der Entstehung von Gewalt vorzubeugen und Gewaltprävention systematisch unter Einhaltung von Qualitätsstandards nachhaltig umzusetzen.

Das DFK unterstützt insbesondere universelle Präventionsmaßnahmen zur Stärkung allgemeiner Lebenskompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Die Förderung von Basiskompetenzen zielt darauf ab, die Ausbildung zentraler persönlicher und sozialer Fähigkeiten individuell zu stärken, um auf diesem Weg Schutzfaktoren aufzubauen und Resilienzen zu erhöhen.

Erziehungs- und Sozialisationseinrichtungen wie Kindertagesstätten tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Um adäquat auf von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Kinder und deren Umfeld reagieren zu können, benötigt es eine wissenschaftlich fundierte und praxistaugliche Vorgehensweise.

Das seit dem Jahr 2019 vom DFK begleitete und dem Bundesministerium der Justiz finanziell geförderte Projekt ReSi+ befindet sich in der Implementierungsphase. Bundesweit wird das ReSi+-Projekt von einer Vielzahl von Kindertageseinrichtungen durchgeführt und kann auch weiterhin – nach Beendigung der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz – von Kindertageseinrichtungen adaptiert werden.

Für das Jahr 2024 ist die Anpassung des Präventionsprogramms ReSi+ an die Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen (Hort, Nachmittagsbetreuung, Ganztagsschule) als partizipative Weiterentwicklung in Kooperation mit Praxispartnerinnen und -partnern geplant.

Informationen zum Projekt ReSi+ und die Erreichbarkeiten der Ansprechpartnerinnen finden Sie unter:



https://www.th-nuernberg.de/fakultaeten/sw/forschung/laufendeforschungsprojekte/resi/

https://www.kriminalpraevention.de/projekt-resi.html.

3.2 Neu: Ehrenamtskarte kann jetzt rein digital beantragt werden

Die Ehrenamtskarte Niedersachsen/Bremen wird von den kommunalen Gebietskörperschaften an ehrenamtlich Tätige vergeben, die sich seit zwei Jahren mindestens fünf Stunden in der Woche oder 250 Stunden im Jahr engagieren. Die Ehrenamtskarte Niedersachsen/Bremen kann nun auch auf rein digitalem Wege beantragt werden. Ab sofort ist es nicht mehr erforderlich, den Antrag schriftlich zu stellen. Voraussetzung für den rein digitalen Antrag ist, dass sich Organisationen und Vereine für das digitale Verfahren bei der zuständigen Kommune registrieren. Die Registrierung erfolgt rein digital über ein Online-Formular auf dem Freiwilligen Server Niedersachsen.

3.3 Netzwerke Frühe Hilfen sind bundesweit etabliert

Nahezu alle Kommunen mit einem Jugendamt in Deutschland haben im Jahr 2020 das Angebot der Familienhebammen oder der Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden vorgehalten. Die Gesundheitsfachkräfte suchen Familien auf und kümmern sich mit ihnen um die gesunde Entwicklung und Versorgung von deren Baby oder Kleinkind. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Kommunalbefragung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH). Die Befragung verdeutlicht darüber hinaus den weiteren Entwicklungsbedarf in den Frühen Hilfen: So stellten der Mangel an Fachkräften, aber auch fehlende finanzielle Mittel das größte Hindernis für den weiteren Ausbau des Angebots dar.

Die Informationen und Ergebnisse zur Kommunalbefragung finden Sie unter:



https://www.fruehehilfen.de/forschung-im-nzfh/implementierungsforschung/kommunal...

Redaktion:

Katrin Baum LPR Niedersachsen Tel.: 05 11/1 20-8704 katrin,baum@mj.niedersachsen.de

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

